

Posener Zeitung.

Neunziger Jahrgang.

Annoncen:
Annahme-Bureau
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmsstr. 17.)
bei C. L. Ulrich & Co.
Breitestraße 20,
in Grätz bei J. Strickfeld,
in Meseritz bei Ph. Matthies,
in Breslau bei J. Jäger.

Annoncen:
Annahme-Bureau
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. L. Daube & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Nossel.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

Nr. 115.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark ab 48 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des Deutschen Reiches, an.

Deutscher Reichstag.

53. Sitzung.

Berlin, 14. Februar. Am Tische des Bundesraths: von Kamele, v. Stosch, Scholz, Lucius.

Vorstand v. Levetzow eröffnet die Sitzung um 12½ Uhr. zunächst wird eine Reihe von Petitionen als zur Erörterung im Plenum nicht geeignet erklärt.

Es folgt die dritte Lesung des Staats. In der General-

diskussion nimmt das Wort Abg. Richter, um einige allgemeine Bemerkungen zu machen über die Methode, mit welcher in der zweiten Beratung militärische Forderungen zu begründen gesucht wurden. Nachdem wir gesehen, daß der Mut in der Attacke auf den Kürass, die Kameradschaft in der Schlacht auf das Mittagessen in den Offizierskafkas durchgeführt wurde, konnte es nicht befremden, die Erhaltung des Friedens mit der Kommunalbesteuerung der Offiziere in Verbindung gebracht zu sehen. Es mag ein taktischer Kunstgriff sein, ein Völkertchen leichter durchzubringen, aber erpräflich ist es nicht, die anerkannte Tüchtigkeit unseres Offizierkorps, welches auf geistigen und sittlichen Vorzügen beruht, in Verbindung zu bringen mit verhältnismäßig so kleinlichen Dingen. Wir unterschätzen die Wortfreigabe der Berufsoffiziere nicht, müssen aber dagegen protestieren, daß der Herr Kriegsminister die Interessen der 18.000 Offiziere identifiziert mit den Interessen der Armee. Es ist ein eigenartlicher Vorzug der deutschen Heeresorganisation, daß die Berufssoldaten in der Feldarmee einen verhältnismäßig geringen Bruchteil bilden. Zu jener Armee, welche im Jahre 1870 verhindert hat, daß ein fremder Fuß deutschen Boden betrat, gehört eine Million deutscher Bürger, welche ihren Dienst unterbrechen mußten, als der Kaiser zu den Waffen rief. (Beifall links.) Seitdem ist eine andere Million von Kriegern herangewachsen und die Gewährleistung für den Frieden beruht nicht zum Geringsten darauf, daß auch diese Million ebenso bereitwillig dem Ruf des Vaterlandes folgen wird. Aber diese Millionen gehören auch zu den Steueraufzähler und zu den Wahlern zum Reichstage und je mehr die persönliche Militärlast auf ihnen ruht, um so mehr müssen wir darauf sehen, daß nicht allmählig ein Steuersystem sich anbahnt, das den Anschein erweckt, als ob unsere Armee im Jahre 1870 nicht Siegerin sondern Befiehlte gewesen ist. Wir haben hier nichts zu verbergen. Was die Offiziere an Kommunalsteuern nicht bezahlen, das müssen die anderen Bürger aufbringen. Der deutsche Reichstag ist ebensoviel wie das deutsche Kaiserthum eine Schöpfung der Berufsoffiziere, sondern er ist ein Recht des deutschen Volkes und jener Armee, die 1870 gestellt. Unsere Aufgabe ist es, die gemeinsamen Interessen zu wahren und das gleiche Recht für Alle zu vertreten. Wir wollen grade Alle mit gleichem Maße messen. — Ich würde diese Bemerkungen schon vor gestern der Rede des Herrn Kriegsministers entgegengesetzt haben, wenn Herr Windthorst nicht ein so großes Interesse gezeigt hätte, alle Uebrigen mundtot zu machen. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Geißler (Sozialdemokrat): Es handelt sich vor allen Dingen darum, möglichst zu sparen. Was ist nun von den aufgestellten Positionen gestrichen worden? Von den sechshundert und einigen Millionen sind im Ganzen nur elf Millionen abgezogen worden. Das sind im Besonderen nur als günstiges Resultat, zumal die Regierung darauf nicht besonders günstiges Resultat, zumal die Regierung darauf vorbereitet war, daß etwas gestrichen würde, und demgemäß die Anschläge von vornherein nicht gerade zu niedrig bemessen haben wird. Während man aber den Militäretat so hoch schraube, behandle man Einrichtungen wie das Gesundheitsamt und das statistische Amt sehr sparsam. Die bisherigen statistischen Untersuchungen seien ebenfalls unzureichend, ohne ausreichend wissenschaftliches Material könne man aber nicht an die Lösung der sozialen Frage herangehen. Eine größere Berücksichtigung dieser beiden Ämter, wie überhaupt aller derjenigen, die dem ganzen Volke zu Gute kämen, würde auch finanziell nicht bedenklich sein, da man durch eine progressive Einkommensteuer, die sich nur auf die bestehenden Klassen erstreckt, und bei der die Prozentsätze erhöht sind, die Staatsentkünfte bedeutend vermehren könnte. Die Interessen des Volks sind nicht, wie die Liberalen glauben, im Sparen zu finden, sondern auch in höheren Auswendungen für alle diese Einrichtungen, die auf das ganze Volk günstig einzuwirken im Stande sind.

Abg. v. Kardorff: Ich bin von den letzten Ausführungen des Vorredners angenehm berührt worden, einmal, weil er nicht nur das Vorredner berücksichtigt wissen will, und dann weil er den wissenschaftlichen Untersuchungen einen solchen Werth beimisst, während der frühere Abg. Lenzmann, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt, sich die Synapsen der Arbeiter zu erwerben sucht, indem er „auf alle Gebildeten und Vornehmen pfeift.“ (Hört, hört! rechts.) — Wenn der Abg. Richter sagt, daß die zu pensionierenden Offiziere untersucht werden müßten bezüglich ihrer Erwerbsfähigkeit, so zeigt er, daß ihm das Einbringen in die Fundamente des ganzen Heeres, wie es sich geschickt entwickelt hat, nicht gegeben ist. (Oho! links. Sehr richtig! rechts.) Ein Almosenempfänger muß auf seine Erwerbsfähigkeit hin untersucht werden, der Offizier aber betrachtet die Pension nicht als ein Almosen, sondern sein gutes Recht, das er verdient hat. Ebenso ist die Sitte, daß ein Offizier seinen Abschied nimmt, wenn er im Avancement übergegangen ist, ebenfalls ein Fundament, auf dem sich unsere Armee zu ihrer Höhe entwickelt hat. Ich erinnere Sie an unsern alten Blücher, der auch den Abschied forderte, als ihm der Margraf von Schwerdt im Avancement vorgezogen wurde. Friedrich der Große antwortete sein Schreiben dahin, daß er zum Teufel geben möge. Zum Glück hat Blücher den Rath nicht befolgt und später unserer Nation noch recht bedeutende Dienste geleistet. (Heiterkeit.) Erinnern Sie sich ferner an den Ton, den Herr Richter anschlug, als er eins der ruhigste Regimenter, die Garde du Corps eine Paraderuppe nannte. Das verleistet uns auf das Ultimatum. (Burstimmen links.) Die Angriffe des Abg. Richter erschweren eine sachgemäße Behandlung der militärischen Fragen. Wir haben in die Militärverwaltung Vertrauen gesetzt und sie hat dasselbe gerechtfertigt. Wo sind Ihre (kur Linken) Theorien aus der Konfliktszeit geblieben gegenüber den Leistungen der Militärverwaltung. Das Offizierkorps der deutschen Armee ist das vollkommenste, welches es in der Welt geschafft hat, und so schwer auch Deutschland an seinen Lasten zu tragen hat, nehmen wir doch die Verantwortung für eine Mehrbelastung auf uns, obgleich wir Konservativen auch nur ungern Steuern zahlen. (Beifall rechts. Widerpruch und Bischen links.)

Abg. Frhr. v. Schorlemmer-Alst: Wir machen unser Verhalten durchaus nicht abhängig von

Donnerstag, 15. Februar.

Eintritt 20 Pf. bis sechsgeschwistige Familien oder bereitstehen, wenn alle Kinder verhältnismäßig höher sind an die Expedition zu fahren und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1883.

dem Aussall der Verhandlungen mit Rom. Aber wir sind der Ansicht, die Armee und das Offizierkorps sind eins, und ihre Vertretung hat nicht der Reichstag, sondern der oberste Kriegsherr zu übernehmen. Wenn der Reichstag die Armee zu vertreten hätte, so wäre das gleichbedeutend mit der Auflösung derselben. (Sehr wahr! rechts.) Das ganze Offizierkorps dankt für die Vertretung durch den Abg. Richter, der immer von Schlachten spricht, ohne doch jemals den Kanonen donner gehört zu haben. (Heiterkeit.) Gegen die Ausführungen des Herrn Richter und seine Bemühungen, einen Gegensatz innerhalb der Armee zu etablieren, protestiert jeder Angehörige der Armee. Gott bewahre unser Vaterland vor einem Offizierkorps und vor einem Unteroffizierkorps im Sinne des Abg. Richter. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Richter (Hagen): Die Verlogenheit der „Nordd. Allg. Ztg.“ ist ja bekannt, aber was sie heute leistet, übertrifft Alles bisherige. Abg. Lenzmann hat bei Befreiung der Wahlzettel-Angelegenheit gesagt: „Ich ziehe auf solche Gebildeten und Vornehmen, welche durch derartige Kniffe ihren Arbeitern das freie Wahlrecht nehmen.“ Diese Neuerung unter Weglassung der Begründung anzuführen, ist doch eine große Verlogenheit. — Dem Abg. Kardorff muß ich außerdem bemerken: Wir bewilligen Millionen, ohne ein Wort zu verlieren, wir halten es aber für unsere Aufgabe, auf Ersparnis hinzuweisen, wo wir es für nötig halten, während es die Eigenthümlichkeit der Konservativen ist, der Regierung nichts abschlagen zu können. (Widerpruch rechts.) Wir wollen hier Ersparnis machen, um an anderer Seite zuzusehen. Wäßren Sie hier die Pensionen erhöhen wollen, sagt in Preußen der Kultusminister, daß für die Volksschullehrer das Pensionswesen nicht geordnet werden kann, weil wenige Hunderttausend Thaler nicht dafür erübrigt werden können. Herr v. Kardorff hat das größte Unglück gehabt, indem er auf Blücher hinfießt, und gerade das Gegentheil von dem beweist, was er beweisen wollte. (Heiterkeit links.) Wir fordern, man soll bei Prüfung der Dienstfähigkeit in Frieden nicht strenger verfahren als im Kriege, damit nicht Pensionäre sich nachher als tapfer und rüstige Streiter erweisen. Ein Zweites ist, daß wir die Empfindsamkeit, daß Niemand der Untergabe eines Jüngeren sein will, für falsch halten. Wir sind der Ansicht, daß eine gewisse Dienstzeit auch eine Pensionierung nach sich zieht, aber neben der Dienstzeit wollen wir auch die Frage der Erwerbsfähigkeit untersuchen, wie es jetzt bei den unteren Chargen geschieht. Sie (zur Rechten) werden dem Volke nicht die Überzeugung beibringen können, daß jemand, dem zwar die Felddienstfähigkeit mangelt, der aber an sich die bürgerliche Erwerbsfähigkeit besitzt, eine Pension erhalten muß, als ob er verhindert wäre, irgend etwas zu thun. Was die Garde du Corps betrifft, so hat dieselbe allerdings unter Friedrich dem Großen eine ruhmvolle Thätigkeit ausgeübt. Ob aber nach den seitdem eingetretenen Umgestaltung der Waffen und der Geschütze das Regiment trotz seiner Tapferkeit im Stande ist, auch heute eine ähnliche Wirksamkeit zu üben, möchte ich bezweifeln. Meine Kritik richtete sich nicht gegen die Person, sondern gegen die Zweckmäßigkeit einer Einrichtung, wie wir in gleicher Weise alle Einrichtungen kritisieren. Und das ist doch unsere Aufgabe! Sie (zur Rechten) allerdings stecken noch in der Ansicht vom beschränkten Unterthanenverband. (Sehr richtig! links. Widerpruch rechts.) Herr v. Schorlemmer hat gezeigt, wie wenig es ihm möglich ist, sachlich irgendetwas zu erörtern. Das ist vielleicht die Folge geistiger Überanstrengung. (Große Heiterkeit.) Er kommt aber immer auf persönliche Gegenfälle zurück. Was würde Herr von Schorlemmer sagen, wenn ich ihm entgegenvielle: „Was? Sie haben ja nicht Jura studiert, Sie haben nicht einmal das Referendarexamen gemacht. Wovon Sie nichts verstehen, das überlassen Sie doch anderen Leuten. (Große Heiterkeit.) Sie wollen mehr verstehen, weil Sie Lieutenant gewesen sind!“ (Heiterkeit.) Wenn nur der Beruf entscheidet, dann hätte man keinen Reichstag schaffen sollen, dann hätte man den höchsten Rangstellungen einfach die Entscheidungen überlassen sollen. Es ist gerade die Aufgabe des Reichstages, daß hier nicht bloss der Sonderstandpunkt zur Geltung kommt, sondern daß jedes Kastengeist, von dem Herr von Schorlemmer auch nicht frei ist, sich unterordnet unter allgemeine Ansichtungen. Wenn ich leider nicht den Anteil an den militärischen Vorgängen habe nehmen können, wie Andere, wenn ich mich im Jahre 1870 begnügen mußte, dem Sanitätszuge zu folgen, so bedaure ich das selbst am meisten. Aber meine Wähler, und auch die militärischen Wähler, die mitvorangestanden haben in den blutigen Kämpfen, verlangen von mir, daß ich mich nicht zurückhalten lasse, die hervortretenden Mängel zu rügen. Das ist mit der Grund, daß ich in meinem Wahlkreis so fest murre, denn der alte Soldat sagt sich: Da ist einer, der nicht im Kastengeist des Offizierkorps steht, sondern weiß, was wir fühlen und zu leiden haben. Hunderte von Schreiben, die ich täglich von Offizieren und anderen Militärpersonen erhalten, zeigen es mir, daß ich das Richtige treffe. Und von meiner Pflichterfüllung werde ich mich weder durch persönliche Angriffe in diesem Hause noch außerhalb desselben abhalten lassen. (Beifall links.) — Herr von Kardorff sprach von den abgethanen Theorien der Konfliktszeit. Damals verspottete man den Gedanken der Ausbildung der Erzieher, in wenigen Wochen, heute ist dieser Gedanke offiziell zur Geltung gelangt. Damals wurde von der Militärverwaltung betont, die Landwehr ersten Aufgebots müßte zur Vertheidigung der Landesfestungen verwendet werden, die militärische Erfahrung hat gezeigt, daß wir der Landwehr als mobiler Truppe gar nicht entbehren können. Was in der Konfliktszeit den Unterschied machte, war namentlich die Frage der Dienstzeit, und diese ist auch heute noch nicht entschieden. Sie wird durch persönliche Autorität in dem gegenwärtigen Zustande erhalten, aber die Zukunft gehört auch hier denselben, die für kürzere Dienstzeit eintreten. (Sehr wahr! links.) Es thut nicht gut, das sollte uns schon die Geschichte unseres Landes gelehrt haben, zu sagen, weil etwas schon damals vorhanden war, als wir siegten, geborene es zu den Fundamenten des Heeres. Das ist die Theorie des Jungherrn nach Friedrich dem Großen. Es waren noch nicht zwanzig Jahre nach seinem Tode verschlossen, da trat die schmäßliche Niederlage ein, weil die Armee nicht verstanden hatte, fortzuschreiten in der volksthümlichkeit der Einrichtungen. Wenn wir 1870—71 gesiegt haben, verdanken wir es vielleicht mehr oder minder künstlichen Einrichtungen, wie den Panzern des Garde du Corps? Nein, wir verdanken es den volksthümlichen Grundlagen unserer Armee, dem Umstande, daß die Organisation der deutschen Armee auf Grundlage der preußischen weit voraus war allen übrigen im Gedanken der allgemeinen Wehrpflicht und der verkürzten Dienstzeit. Jetzt besiefern sich alle andern Staaten, es uns nachzumachen. Darüber dürfen wir uns nicht täuschen, daß wenn jetzt ein Krieg ausbricht, es viel schwerer sein wird, Siege zu erringen,

und darum sollte man sich nicht auf künstliche Einrichtungen stützen, sondern die wirklich volksthümlichen Einrichtungen fördern. Wir wollen nur Alles befürworten, was an diesem oder jenem Punkte der Eigenthümlichkeit des Heeres als Volksheer entgegensteht. Verabsäumen Sie aber auch nicht, die finanziellen Interessen zu berücksichtigen, denn zum Kriegsführer gehört Geld, Geld und nochmals Geld. Je mehr die Kriege wahre Völkerkriege werden, desto mehr muß die Steuerkraft eines Landes erhalten werden, und dazu ist erforderlich die Schonung der wirtschaftlichen Interessen. Deshalb müssen wir auf möglichste Sparmaßnahmen auch in der Militärverwaltung dringen. (Anhaltender Beifall links.)

Abg. Frhr. v. Minnigerode: Wenn die Herren von der Fortschrittspartei in allen übrigen Dingen ebenso viel Sachkenntnis besitzen, wie in militärischen Angelegenheiten, dann dürfen sie überhaupt keinen Anspruch auf Berechtigung zu einer Kritik erheben. Alter Wohlstand kann uns nichts befehlen, wenn wir im Kriege geschlagen werden, und im amerikanischen Bürgerkrieg ist doch deutlich gezeigt worden, welche furchtbaren Opfer ein Militärheer dem Volke auferlegt, und wir sollten uns doch glücklich schämen, ein so törichtes geschultes Heer zu besiegen, wie wir es haben. Für die Volksschul Lehrer haben gerade meine politischen Freunde im Abgeordnetenhaus wiederholt ausdrückliche Pensionierung gefordert, und es ist Herr Richter bekannt, daß uns günstige Zusagen gemacht worden sind. — Wir müssen die Schlagfertigkeit unserer Arme erhalten und also auch die im Pensionsgebot geforderten Summen bewilligen, um das Offizierkorps in seiner Frische zu bewahren. Wir fürchten keinen Kastengeist im Offizierkorps, aber im Lande fürchtet man mit Recht einen anderen Kastengeist, nämlich den der parlamentarischen Zünftler, die Alles besser wissen wollen und von Nichts etwas verstehen.

Abg. Frhr. v. Schorlemmer-Alst: Es gibt einen guten und einen schlechten Kastengeist, ich habe vom Dienste in der Armee den ersten bewahrt und erinnere mich auch daran, daß ich im Jahre 1849 unter dem Oberbefehl des Prinzen von Preußen gegen die Revolution gekämpft habe. Damalige Fortschrittkräfte nannten das allerdings den Dienst der Satelliten für die Tyrannen. (Abg. Käyser: Sehr richtig!) Ich gratuliere dem Abg. Käyser zu dieser Bemerkung, er weiß vielleicht nicht, daß der damalige Prinz von Preußen heute Se. Majestät der deutsche Kaiser ist. (Bravo rechts.) Das ich nicht Jura studiert habe gebe ich zu, bedaure überhaupt, daß ich nicht mehr gelernt habe und suche noch täglich meine Bücher auszufüllen. Aber darin unterscheide ich mich von Herrn Richter, daß ich über Dinge, von denen ich nichts verstehe, nicht spreche. Im Übrigen kann ich Herrn Richter versichern, daß ich mich gegenüber noch durchaus frisch fühle.

Abg. Richter erinnert den Abg. v. Schorlemmer daran, daß er gerade in der Frage des Erbrechts, einer der schwierigsten juristischen Materien, in letzter Zeit wiederholt das Wort genommen habe. Im Übrigen wäre es wünschenswert, wenn sich Herr von Schorlemmer mehr den Geist der Ritterlichkeit bewahrt hätte, besonders auch gegen politische Gegner.

Darauf wird die Generaldiskussion geschlossen und in die Spezialdebatte eingetreten.

Beim Reichsamt des Innern spricht Abg. Lingen den Wunsch aus, daß die Fabrikinspektoren auch die Frage der Sonntagsruhe im Auge behalten und in ihren Berichten darüber referieren möchten.

Abg. Kapp kommt auf die Auswanderung Deutscher nach den Sandwicens-Inseln zurück. Die deutschen Arbeiter können das dortige Klima nicht vertragen und werden mißbraucht. Wenn auch die Eigentümner der Güter nicht die Absicht hätten, so sei es doch Thatzache, daß die Deutschen in dem dortigen Tropenlima physisch und geistig ruiniert würden. Es werde gewissermaßen unter den Augen der deutschen Behörden eine Art Menschenhandel getrieben, da die Leute, die nach den Sandwicens-Inseln auswandern, zum Theil ihre persönliche Freiheit aufgeben.

Geb. Rath Reichard repliziert, daß die deutschen Behörden durchaus ihre Schuldigkeit thun.

Abg. Dohrn ist der Ansicht, daß Abg. Kapp die Angelegenheit viel zu schwarz auffasse und darstelle.

Abg. Barth tritt ebenfalls auf Grund angefeindeter Recherchen den Angaben des Abg. Kapp entgegen. Mehr als 100 dort ansässige Deutsche haben in einem Schreiben ausdrücklich anerkannt, daß sie sich dort sehr wohl befinden und ihnen das Klima sehr gut bekomme. Auch die Deutschen, welche in den Zuckerplantagen arbeiten, befinden sich in bester Gesundheit.

Abg. v. Minnigerode kommt auf eine vom Abg. Dohrn gelegentlich der zweiten Lesung gehaltene Rede zurück und bestreitet, daß Dr. Förster und Quistorp irgend welche Beziehungen zu einander haben.

Abg. Dr. Dohrn hält seine Behauptung aufrecht. Beide stehen auf dem „christlich-sozialen“ Standpunkt und unterhalten dort zur Propaganda für die Auswanderung nach Paraguay einen Agenten.

Bei der Verwaltung des Reichsheeres erzählt Abgeordneter Haase einen Fall, wo er mit mehreren Freunden von Berlin nach der Legeleiter Hütte gewandert sei, wobei ihm nicht nur 2 Gendarmen, sondern auch 36 Artilleristen gefolgt seien. Er fragt, ob die Soldaten dazu seien, den Polizeispitzels Hilfsdienste zu leisten.

Dem Kriegsminister ist von der Sache nichts bekannt; wenn die erforderliche Beschwerde eingebe, werde er den Fall untersuchen.

Abg. Richter bringt einen Fall zur Sprache, über den soeben in den Zeitungen berichtet wurde, daß ein Soldat in Liegnitz sich das Leben genommen habe und zwar wie aus hinterlassenen Briefen hervorgehe, in Folge von Mißhandlungen, welche ihm von Vorgesetzten zugefügt worden seien. Er bittet den Kriegsminister, die Angelegenheit eingehend zu untersuchen und das Ergebnis der Deutlichkeit nicht vorzuenthalten. Es kämen beim Militär durchschnittlich monatlich über 20 Selbstmorde vor und es sei wahrscheinlich, daß ein Zusammenhang zwischen diesen Selbstmorden und vorhergegangenen Mißhandlungen von Vorgesetzten in den meisten Fällen vorliege.

Kriegsminister v. Raabe kommt zunächst auf den Fall v. Schleinitz zu sprechen, über den Auskunft zu geben er in der zweiten Lesung des Staats zugesagt hatte. Die Militärjustiz habe hier ihre Schuldigkeit durchaus gethan und auf Requisition der Zivilbehörde sofort dessen Verhaftung verfügt, der p. Schleinitz war jedoch bereits entwischen. — Was den Liegnitzer Fall betrifft, so werde er eingehend untersucht werden. Die Selbstmorde seien im Übrigen beim Militär nicht zahlreicher, als beim Zivilstande und seien meist die Folge des Dienstes und der Verfolgung der jungen Leute in ungewohnte Verhältnisse.

Abg. Stöcker: Zur Zeit, als ich Divisionsparrer in Metz war, herrschte eine wahre Selbstmordepidemie unter den Soldaten; in kurzer

Zeit kamen neun Fälle vor, die Ursache von allen ist mir nicht mehr erinnerlich, von vier Fällen aber weiß ich, daß ganz geringfügige Ursachen vorlagen. Einem war ein dreitägiger Urlaub ver sagt worden, ein anderer war wegen falschen Rapports zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden, ein dritter, ein Sergeant, tödete sich, weil er nicht befördert worden war, und wieder einer wegen eines Mädchens. Wegen Misshandlung nahm sich Niemand das Leben. Die Selbstmorde sind besonders eine Folge der Errüttung der religiösen Weltanschauung und Sie sollten lieber Ihrer schlechten Presse entgegenwirken, daß es besser wird, als diese Frage mit vollem Unrecht zu einem Agitationsmittel gegen die Armen auszuhäuten.

Abg. Wendt hält es für erforderlich, in den Sanitäts-Rapporten nicht nur die Zahl der Selbstmorde, sondern auch die der verühten Selbstmorde und die Art der Tötung mitzutheilen.

Abg. Dr. Möller: Es wird Niemand dem Abg. Stöcker absprechen, daß zu Zeiten und an gewissen Orten die Selbstmorde besonders häufig vorkommen, so bei großen wirtschaftlichen Katastrophen, nach großen Katastrophen, wie dem Börsenrach. Indessen wird Herr Stöcker augeben, daß in unserem Heere eine solche vorübergehende Epidemie nicht vorhanden ist, schon deswegen, weil die Zahl der Selbstmorde in der Armee schon seit vielen Jahren eine so bedeutende ist. Es mögen nun die Ursachen dafür verschieden sein, das aber steht fest, daß in vielen Fällen die Verzweiflung über die rohe Behandlung seitens der Vorgesetzten die Veranlassung zu den Selbstmorden ist. (Sehr richtig! links. Widerjuroch rechts.) Denn darüber liegen Briefe und Zeugnisse der betreffenden Leute vor. So war schon vor einigen Jahren hier die Rede von einem Jäger aus Braunschweig, der, aus guter Familie stammend, von musterhaftem Lebenswandel und streng religiöser Geistigkeit, nicht schicken lernen konnte, weil ihm das Gewehr in der Hand ritterte. Deshalb wurde er mit unsäglichen Martyriern verfolgt, und sein Tagebuch führt eine Reihe der haarsträubendsten Misshandlungen auf, so daß er sich schließlich ins Wasser stürzte.

Generallieutenant Verdier du Bernois bittet, solche Angelegenheiten doch nur dann vorzubringen, wenn man ihre volle Wahrheit erweisen könne. Wenn man immer die Schattenseiten male und die Lichtseiten verbüllte, ließte man ein der Wirklichkeit nicht entsprechendes Bild. Die Offiziere hätten ebenfalls ein warmes Herz für den Soldaten und bedauerten einzelne Übergriffe selbst aus sich erachtete.

Abg. v. Kölle hält den Braunschweiger Fall für nicht ganz richtig dargestellt. Die Untersuchung habe ergeben, daß übertriebene Strafen durchaus nicht in Anwendung gebracht worden seien.

Abg. Richter: Den Fall, den ich erörtert habe ich nicht an die Öffentlichkeit gezogen, desselbe durchläuft alle Blätter und ich habe ihn hervor, weil der Dr. Kriegsminister selbst gesagt, man solle sich hüten vor allgemeinen Anschuldigungen und ihm einzelne Fälle bringen. Hier liegen nun solche Fälle vor. Ich will nicht behaupten, daß alle Selbstmorde im Heere auf die rohe Behandlung zurückzuführen sind, aber bei den meisten wird es so sein. Wir müssen solche Fälle hier ins Auge fassen, weil das kriegsgerichtliche Verfahren unzulänglich ist. Die betreffenden Gelege sind schlecht, die Christlichkeit ist noch beibehalten und in der Person des Auditors sind die verschiedenartigsten Funktionen vereinigt. Wenn wir ein geordnetes Verfahren hätten, würden wir einer geordneten Untersuchung gemäß sein, aber gerade die Geheimlichkeit des Verfahrens nötigt uns, die öffentliche Aufmerksamkeit auf solche Fälle zu konzentrieren. Es liegt mir fern, allgemeine Beschuldigungen gegen das Heer, gegen das Offizierkorps zu erheben. Es handelt sich nur um einzelne Fälle des Missbrauchs, welche den Intentionen des Thess und aller höheren Offiziere widersprechen.

Abg. v. Kardorff glaubt doch, daß Herr Richter von einem inneren Mißtrauen gegen die Armee nicht frei ist. Damit ist der Gegenstand erledigt.

Darauf bringt Abg. Möller zur Sprache, daß in den Magazinen so viele Stiefel vorhanden seien, daß sie zusammenrohdneten und unbrauchbar würden.

Gev. Kriegsrat Gadow erklärt dies aus der Notwendigkeit, daß die Militärverwaltung stets gerüstet sein müsse, um nicht einmal in Verlegenheit zu kommen.

Bei der Marineverwaltung bringt Abg. Dr. Thilenius die Wetterprognose zur Sprache und erörtert in eingehender Weise die Notwendigkeit, einzelne technische Verbesserungen bei der Seewarte vorzunehmen.

Beim Etat der Reichsschuld bemängelt Abg. Reichenberger (Krefeld) die Ausstattung unserer Reichsscheine. Einmal seien wegen der nicht immer gleichmäßigen Färbung Fälschungen schwer zu erkennen, namentlich aber lasse die künstlerische Ausstattung viel zu wünschen übrig, während doch diese Scheine, die die ganze Welt durchzogen, Muster deutscher Beweis und deutschen Geschmackes sein müssten. So zeige der Fünfzigmarkschein ein weißliches Weinen, welches sehr unangenehm auf einer Bank sitze (Heiterkeit) und Stundenglas und Hermesstab in den Händen halte, Symbole, die man auch auf den Tod beziehen könnte. Diese Dame könnte von ihrer überflüssigen Garderobe etwas den beiden Knaben auf den Zwanzigmarschein abgeben, die sich in vollster Nudität präsentierten. (Heiterkeit.) Auf dem Hundertmarkschein sägen auch zwei solcher Knäblein, sie schlagen aber weniger einen Bein über das andere. (Große Heiterkeit.) Man möge die Rassenscheine, damit sie sich als Anweisungen zu erkennen geben, möglichst einfach in streng ornamentalem Stile halten, menschliche Figuren auf ihnen aber nicht darstellen.

Direktor im Reichsschatzamt Aschenborn erwidert, daß die vorliegende Form des Papiergelei es das Resultat einer beschränkten Konkurrenz sei. Vor zwei Jahren habe man fünf der namhaftesten deutschen Künstler aufgefordert, gegen entsprechende Entschädigung Entwürfe zu Rassenscheinen einzureichen. Dieselben seien sodann von einer Jury geprüft worden, welche den Entwurf des Prof. Sohn in München als den geeigneten ausgewählt habe. Das Ergebnis liege in den Rassenscheinen vor. Menschliche Figuren auf dem Papiergelei anzubringen, werde von den Sachverständigen deshalb empfohlen, weil das menschliche Gesicht am schwersten von den Fälschern nadageahmt werden könnte. Die Erkennbarkeit der Echtheit liege nicht in der Farbe, sondern in den in das Papier eingewebten Fasern.

Abg. Günther (Sachsen) wünscht ebenfalls, daß dem „germanischen Geschmack“ mehr Rechnung getragen werde.

Bei dem Etat des Rechnungshofes beantragt Abg. v. Kardorff Wiederherstellung der in der zweiten Lesung gestrichenen Position für einen vortragenden Rath. Der Antrag wird jedoch abgelehnt, nachdem Abg. Lassler mit Hinweis auf die Debatte bei der zweiten Lesung die Streichung warm befürwortet.

Darauf vertagt sich das Haus. Der Präsident kündigt an, daß er auf die Tagesordnung der zweitnächsten Sitzung die Holzvollvorlage zu legen beabsichtige, damit dieselbe vor der Vertragung erledigt werden könnte.

Abg. Windthorst erhebt Einspruch dagegen, mit Rücksicht auf das Abkommen mit dem Abgeordnetenhaus und da die Vorlage ohne kommissarische Prüfung doch nicht angenommen werde.

Der Präsident zieht darauf seinen Vorschlag zurück.

Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. Tagesordnung: Etat.

Schluss 4½ Uhr.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 14. Februar. [Die Kommunal-Besteuerung der Offiziere. Bürgersteuer.] Die Foyer-Alarmisten, welche im Reichstag gestern und vorgestern von dem drohenden „Konflikt“ sprachen, scheinen eingesehen zu haben, wie wenig würdig diese Behandlung einer untergeordneten Gesetzgebungsfrage gewesen ist, in der sogar freikonservative und

konservative Abgeordnete zugeben, daß die Position der Regierung eine nichts weniger als starke ist; die Auffassung ist allseitig eine gelassene geworden; das Militärpensionsgesetz wird entweder um den Preis der Durchbrechung des Kommunalsteuer-Privilegs der Offiziere zu Stande kommen — nämlich wenn die Regierung auf diese Bedingung eingeht — oder es wird gar nicht zu Stande kommen, in diesem Falle aber wird die Sache damit zu Ende sein. Wenn man vielfach die Besorgniß hört, das Zentrum könne in den von Konfliktbefürchtungen erregten Wellen einen kirchenpolitischen Fischzug thun, so dürfte das grundlos sein; am guten Willen dazu fehlt es natürlich nicht, wohl aber an den sachlichen Voraussetzungen. Herr Windthorst scheut bei der gegenwärtigen kirchenpolitischen Lage natürlich Alles, was ihm nötigen könnte, an den entscheidenden Stellen unseres Staatslebens durch oppositionelle Haltung Missstimmung zu erregen, so lange nicht hier offiziell befunden wird, daß man den neuen Ausgleichs-Versuch als definitiv gescheitert ansieht; daraus entsprang der komische Eifer, mit welchem der Führer des Zentrums vorgestern, als ob die größten Gefahren durch ein unvorsichtiges Wort entfesselt werden könnten, sogar die Diskussion schließen ließ, als er die Zurückweisung an die Kommission beantragt hatte; aber mehr, als das negative Resultat, einer Verlegenheit auszuweichen, wird er bei dieser Gelegenheit nicht erreichen; denn er hat dabei wenig zu bieten, das Wenige wird ferner auch von dem gefürchteten Konkurrenten — daß Bennigsen wieder mit dem Kanzler in Verbindung stehe, ist Herrn Windthorst's beständige

Sorge! — geboten, und es fehlt an jedem Anzeichen

dafür, daß der Briefwechsel zwischen dem Kaiser und dem Papst die Aussichten für Tauschgeschäfte augenblicklich günstig gestaltet hätte. Mehr zu konzedieren, als die Beschränkung der Kommunalbesteuerung der Offiziere auf das Privat-Einkommen derselben, ist Herr Windthorst außer Stande —

wird es ihm doch schon schwer werden, seine ganze Fraktion so weit mit sich zu ziehen; so viel gestehen aber auch die Nationalliberalen und die meisten, wahrscheinlich sogar alle Sezessionisten zu;

also ein besonderes Verdienst um die Regierung kann Herr Windthorst in dieser Frage sich nicht erwerben. Die Partei-führer sind sämtlich in die Kommission für das Militärpensions-Gesetz gegangen, um Fehler zu verhüten und einander gegenseitig zu überwachen; aber nach Ostern, wenn die Arbeit wieder beginnt, dürfte die ganze Frage auf ziemlich kleine Dimensionen zusammengeschrumpft sein. — Die Zudecke erweckt

Vorlage erregt wegen ihrer unzulänglichen Motivierung Verwunderung; diese „Begründung“ ist fast nur die Reproduktion eines Artikels der „Prov.-Corresp.“, welcher seinerseits die höchst summarische Motivierung des preußischen Antrags an den Bundesrat wiedergab. Von einer Rücknahme auf das große und wichtige Material, welches seit Monaten die Erörterung der Frage in der Presse und in besonderen Schriften

ergeben hat, ist keine Spur. Und doch war dazu auch vom Standpunkt der Vorlage aus, daß erst eine Enquete angestellt werden soll, bevor die definitive Reform der Bürgersteuerung beschlossen wird, aller Anlaß vorhanden, da es darauf ankommt, den Vorschlag der so höchst minimalen provisorischen Maßregel,

der bloßen Herabsetzung der Export-Bonifikation um 40 Pf. zu begründen. Dies wird gegenüber den vielfachen Nachweisen der Unzulänglichkeit einer solchen, wenngleich nur interimistischen Maßnahme nicht einmal versucht; das Gutachten des Vereins der Rübenzucker-Produzenten wird einfach als ausschlaggebend behandelt.

S. Wie verlautet, ist dem General-Feldmarschall Graf Moltke für seine vor einigen Tagen in der Militärdebatte im Reichstage gehaltene Rede ein längeres, eigenhändiges Anerkennungsschreiben des Kaisers zugestellt worden.

Der Zusammenstoß der Dampfer „Cimbria“ und „Sultan“.

[Telegramm.]

Hamburg, 13. Februar. Der zweite Offizier der „Cimbria“, Spruth, sagte aus, die „Cimbria“ mache bei voller Kraft 9 bis 10, langsam 5 bis 6 Knoten, steuere im letzten Falle jedoch schlecht. Ob die Thüren in den Zwischendeckschotten geschlossen gewesen, wisse er nicht; es sei dies Sache des ersten Offiziers und ersten Zimmermanns gewesen. Der vierte Offizier, Böck, deponierte, gegen 2 Uhr in der Nacht, in welcher die Kollosion erfolgte, wurde der Befehl „langsam“ gegeben. Er erhielt Befehl zu lohen und fand 15 Faden Wasser; er hörte dann „Lichter in Sicht“ melde und sah um 1½ Uhr 3 Strich über Backbordbug weißes und grünes Licht in einer Entfernung von ca. 300 Fuß. Der dritte Offizier, Heydorn, gab an, am 18. d. M. Nachmittags vor dem Verlassen der Elbe schlug der Zimmermann die von ihm, dem Zeugen, geschriebene Standrolle auf Spardeck an. Es war Pflicht der einzelnen Leute, sich daran nach über die ihnen zugewiesenen Posten zu unterrichten. Besondere Mitteilungen an die einzelnen Leute würden nicht gemacht. Auf dieser Reise seien 12 bis 15 neue Leute angemustert worden, welche an Stelle der abgegangenen eingethoben waren. Die alten Mannschaften behielten ihre Posten. Im Ueblichen enthielten die Aussagen der Offiziere nur Bekanntes.

Der Maschinist Kropmann hatte in der Nacht der Kollision die Wache um 12 Uhr. Die Maschine mache 60 Umdrehungen und hatte 70 Pfund Dampfspannung. Um 1½ Uhr wurde die Ordre „halbe Kraft“ gegeben, die Dampfspannung sank auf 60 Pfund. Um 2 Uhr 5 Min. erfolgte der Befehl langsam, worauf nur noch 35 Umdrehungen gemacht wurden, um 2 Uhr 10 Min. wurde „Stoppen“ kommandiert und 2 Minuten später erfolgte die Kollision. Es wurde „Vorwärts“ telegraphirt und dann so rasch der Befehl zum Stoppen gegeben, daß der erste Befehl nicht ausgeführt werden konnte. Sofort nach dem Zusammenstoß kamen die übrigen Maschinisten zum Zeugen. Der erste Maschinist gab den Befehl, die Bilgen-schleusen zu öffnen und die Pumpen anzusetzen, doch war kein Wasser in der Bilge, es strömte aber durch die Deffusungen des

Dachs neben den Rohrleitungen und drang in die Maschine ein. Der Geuge öffnete die Dampfventile und Feuerthüren, um eine Explosion zu verhüten. Als er auf Deck kam, herrschte große Verwirrung. Das Schiff hatte eine flache Schlagsseite nach Steuerbord, welche immer mehr zunahm. Er kletterte auf die Schiffsseite und rettete sich im Boot 7, worauf das Schiff sank. Zwei Stewards deponieren, sie hätten die Plätze der Rettungsgürtel den Passagieren gezeigt, aber den Gebrauch der Gürtel nicht erklärt. Der Ausguckmann Alexander sagte aus, wenn er erklärt habe, daß die „Cimbria“ durch Backbordruder nach Steuerbord abgesunken sei, so habe er dies daraus gefolgt, weil das Topplicht und das Grünlicht des anderen Dampfers von gradvoraus nach Backbord auswanderte. Der Kapitän Cuttill hat seine Positionslampen halbjährlich in England untersucht, er wisse bestimmt, daß die Lichter der „Cimbria“ beim ersten Erblicken sich wenigstens zwei Striche über Steuerbordbug befanden; eine Kollision wäre unmöglich gewesen, wenn die „Cimbria“ im Cours geblieben wäre. Er habe seine Dampfpfeife auch nach der Kollision, selbst noch, als sich drei Rothlichter zeigten, gebraucht. Eine Kanone sei nicht an Bord des „Sultan“ gewesen. — Das Seeamt erklärte, es werde seine Sitzungen bis zur Erlangung weiteren Beweismaterials vertagen, und zog sich hierauf zurück, um zu berathen, ob Cuttill und Bullard zu beeidigen wären. Nach Wiedereröffnung der Verhandlung wurden die beiden Zeugen beeldigt und entlassen.

r. Stadtverordnetenfistung

am 14. Februar.

Anwesend sind 28 Stadtverordnete, und zwar die Herren: Brodtkorff, Gaspali, Tiebig, Fontane, Dr. Friedländer, Gerhardt, Glazek, Jäckel, B. Jäckel, A. Kantorowicz, Kirsten, Kröntal, Dr. Landsberger, Lange, Dr. Lebinski, Löhner, Manheimer, Milch, Müller, Mühl, Dr. Neibold, Nötsch, Rosenfeld, Schweiger, Dr. Szymanski, Tichatsch, Türk, Ziegler. Von Magistratsmitgliedern sind anwesend: Bürgermeister Herde und die Stadträte Anderich, v. Glebowksi, Stadtbaudirektor Grüder, v. Jäckel, B. Jäckel, A. Kantorowicz, Dr. Loppe, Schmidt. Den Vorsitz führt der Stadtverordnete B. Jäckel. — Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen tritt die Versammlung in die Tagesordnung ein.

Über mehrere beim städtischen Armen-Etat v. 1882/83 Seiten des Magistrats beantragte Nachbewilligungen berichtet im Namen der Finanzkommission Stadtrat Manheimer. Magistrat weist darauf hin, daß der Armen-Etat in manchen Positionen etwas knapp bemessen worden sei, und daß dadurch trotz aller angewandten Sparmaßnahmen Nachbewilligungen nicht werden vermieden lassen. Magistrat beantragt demnach bei Tit. II, der offenen Armenpflege: „Laufende und einmalige Unterstüzung an Haushalte“, wofür im Etat 60.000 Mark ausgeteilt waren, bereits aber ca. 3500 M. mehr verausgabt worden sind, eine Nachbewilligung von 10.000 M.; ferner bei Tit. II, 4: „Pflegegeld für verlassene Kinder“, wofür 22.000 M. ausgeteilt waren, ein Nachbewilligung von 4600 M.; sodann bei Tit. III, 1: „Bekleidungskosten“, wofür 4300 M. ausgeworfen waren, bereits aber ca. 8500 M. verausgabt sind, eine Nachbewilligung von 5000 M.; bei Tit. IV, 6: „Arzneimitteln“, wofür 3400 M. ausgeteilt waren, eine Nachbewilligung von 500 M.; bei Tit. VI, 2: „Verpflegungskosten für die in Dwingen untergebrachten Irren“, wofür 6000 M. ausgeworfen waren, eine Nachbewilligung von 700 M. Ferner beim Etat für die Krankenhaus-Verwaltung: bei Tit. III, 3: „Reinigung“, wofür 500 M. ausgeteilt waren, eine Nachbewilligung von 150 M.; bei Tit. III, 4: „Wasserzins“, wofür 350 M. ausgeworfen waren, 170 M. mehr; bei Tit. VII: „Umworhergehobene Ausgaben“, wofür 400 M. ausgeteilt waren, 200 M. mehr. Endlich beim Etat für die Hospitalverwaltung: bei Tit. III, 5: „Belastigung“, wofür 6100 M. ausgeteilt waren, 500 M. mehr; bei Tit. IV, 2: „Beerdigungskosten“, wofür 50 M. ausgeworfen waren, 30 M. mehr. Auf Befürwortung der Kommission werden von der Versammlung folgende Nachbewilligungen beschlossen: bei der offenen Armenpflege für laufende und einmalige Unterstützungen an Haushalte 10.000 Mark; an Pflegeeltern für verlassene Kinder 3000 Mark; für Bekleidungskosten 4500 Mark; an Verpflegungskosten für die in Dwingen untergebrachten Irren 700 M.; bei der Krankenhaus-Verwaltung für Reinigung 150 M.; für Wasserzinsen 100 M.; für unvorhergehobene Ausgaben 200 M.; bei der Hospitalverwaltung: für Beerdigungskosten 30 M.

Über den Antrag eines Haussitzers, betr. d. ihm Seiten des Magistrats verweigerte Konzession zum Neubau eines Seitenflügels auf seinem Grundstücke St. Martin Nr. 16/17, berichtet Stadtverordnetener Lange. Danach beabsichtigt der betr. Haussitzer, Kupferschmidemeister Kryszewicz, auf dem angegebenen Grundstück ein Wohngebäude mit einem Seitenflügel zu bauen. Magistrat, welcher bekanntlich gemeinsam mit der königlichen Polizeidirektion die Baupolizei führt, ist bereit, die Konzession zu dem Bau zu ertheilen, verlangt jedoch, daß der Seitenflügel in seinem hinteren Theile nicht 16,5 Meter, sondern nur 11 Meter hoch gebaut werde, indem er sich dabei auf § 31 der Bauordnung für die Stadt Posen, vom 9. März 1877, stützt. Dieser Paragraph schreibt Folgendes vor: „Hausgebäude, welche mit den Bödenhäusern unmittelbar zusammenhängen, dürfen bis zur halben Höhe des unbebaut zu haltenden Grundraumes in der Höhe der Bödenhäuser aufgeführt werden. Ueber Ausnahmen hieron entscheidet die, die Baulaubnis ertheilende Behörde.“ Der betr. Haussitzer hat sich nun bei der königl. Regierung beschwert und diese hat, nachdem Magistrat die Verweigerung der Konzession auf dem Flügelbau von 16,5 Meter begründet, die königl. Polizeidirektion dagegen sich für Ertheilung der Konzession ausgesprochen, im Sinne des Magistrats entschieden, und in gleicher Weise ist auch die Entscheidung des Herrn Ministers ausfallen. Der betr. Haussitzer befindet sich nun an die Versammlung gewendet, und dieselbe erachtet, sein Maß für sein Geschäft hauptsächlich geltend, daß da der Theil des Flügels von nur 11 Meter Höhe von höheren Gebäuden überdeckt sein würde, es nötig wäre, die Schornsteine bis zu einer bedeutenden Höhe aufzuführen, was in mancherlei Beziehung gefährlich sein würde, auch würden die Nachbar-Grundstücke nicht dadurch geschädigt, wenn der Seitenflügel in seiner ganzen Länge bis zu 16,5 Meter Höhe aufgeführt würde. — Stadtverordnetener Lange befürwortet das Gefüch des betr. Haussitzers. Das Grundstück gebe von der St. Martinstraße im rechten Winkel durch nach der Kl. Ritterstraße, wo auf dem Grundstück bereits ein Neubau aufgeführt sei. Der Magistrat macht geltend, daß, wenn auch jener Seitenflügel von allen Seiten zugänglich sein würde, später doch Nachbarhäuser gebaut werden könnten. Aufgabe der Versammlung werde es sein, die Gärten der Bauordnung zu mildern. Sie mögt demnach mit Rücksicht darauf, daß es sich bei dem Seitenflügel nur um eine Länge von 10 Meter handelt und daß dieser Flügel der Sonnenseite zugekehrt sei und demnach das erforderliche Gefüch, sowie auch die nötige Lust erhalten würde, das Gefüch des Bauunternehmers beim Magistrat zur Berücksichtigung empfohlen. — Nachdem das Gefüch als erforderliche Unterstützung gefunden, d. h. gemäß der Geschäftsordnung von mindestens 5 Mitgliedern unterstützt worden ist, empfiehlt Stadtverordnetener Lubinski dasselbe, wünscht Auskunft darüber, aus wel-

Gründe der Magistrat in dem vorliegenden Falle gemäß § 31 der Verordnung keine Ausnahme gestattet und zweitens auf so mancherlei der Bauordnung hin. Stadtv. Dr. S. v. m. a. und Jäckel empfehlen Überweisung der Angelegenheit an die Kommission behufs eingehender Prüfung. Die Stadtverordneten stimmen. Manheimer und Müller dagegen bezeichnen es den allein richtigen Weg die Angelegenheit nicht der Baukommission zu überweisen sondern alsbald dem Magistrate zur Beurteilung zu empfehlen. — Nachdem Stadtv. Dr. S. v. m. a. den Antrag zurückgezogen, wird der Antrag des Stadtv. Lange, Gesch. dem Magistrate zur Berücksichtigung zu empfehlen, an-

In der vorigen Sitzung hatte der Stadtverordnete Kirsten den gestellt, Magistrat möge Auskunft darüber ertheilen, aus Grunde der Werth des Mobiliars im Rathause und in den Schulgebäuden in dem diesjährigen städtischen Verwaltungserheblich höher, als im vorjährigen, angegeben sei, und aus Grunde aus dem Reichs-Invalidenfonds Darlehen statt 91,000 Taler einer Sandbriese nicht lieber Russisch-Englische Anleihe, welche sehr hoch stand, verkauft worden sei. — Stadtrath S. Jäckel beantwortet letztere Frage im Auftrage des Magistrats dahin: Die Aufnahme des Reichs-Invalidenfonds-Darlehns zur Verwaltung selben gemählte Deputation habe bisher alljährlich eine Schlusserstattet, und werde die obige Anfrage bei Gelegenheit dieser Annahme beantwortet.

Bu. Vertrauenmännern und Stellvertretern aufstellung der Listen der Geschworenen Schöffen pro 1884 werden auf Antrag der Wahlkommission, deren Namen Stadtv. Ziegler berichtet, gewählt: Kaufmann Leitgeber, Kaufmann Mor. Kuczynski, Kaufmann Theodor Gerstner, Kaufmann Rob. Jäckel als Vertrauenmänner; Kaufmann Leopold Kuzek, Dr. Kuzek, Kaufmann Paul Venzke, Doerlehrer Schmidt als Stellvertreter.

Gegen die interimistische Anstellung des Lehrers wird kein Einwand erhoben. Die Realisch-Rechnung pro 1881/82, über welche Stadtv. Ziegler berichtet, wird gemäß dem Antrage desselben dechariert, nachdem noch den Wunsch ausgesprochen, es möge bei der Realverwaltung recht sparsam verfahren werden. Für die Theaterrechnung pro 1881/82, über welche Stadtv. Rosenfeld berichtet, wird die Decharge ertheilt, ebenso die Krankenhaus-Rechnung pro 1880/81, über welche Stadtv. Manheimer Bricht erstattet. Die Feststellung der Etats pro 1883/84 kann noch nicht einsetzen, da die Angelegenheit noch nicht genügend vorbereitet werden, da die Sitzung zur Feststellung derselben wird, wie der Vorsteher mittheilt, nächsten Mittwoch stattfinden. Hiermit erreicht die Sitzung, welche 4 Uhr Nachmittags begon- hat, 6 Uhr Abends ihr Ende.

Locales und Provinzielles.

Posen, 15. Februar.

Verichtigung. Die Unterschrift unter dem in der heutigen Veröffentlichung unserer Zeitung abgedruckten Briefe des Herrn Direktors der Landwirtschaftsschule lautet nicht „Steuer“ sondern „Trude“.

Telegraphische Nachrichten.

Magdeburg, 14. Februar. Die „Magdeburgische Zeitung“ steht: Gestern Nachmittag fand hier die Konstituierung des Konsistorialrath Kölln (Halle). Den Vorsitz führte Konsistorialrath Kölln (Halle). Das einleitende Referat erstattete Professor Kawerau (Magdeburg). Nach langer Berathung wurden die Statuten festgestellt und der Vorstand gewählt. Dieser besteht aus dem Konsistorialrath Kölln (Halle), Professor Kolbe (Langen), Oberkonsistorialrath Wilhelm Baur (Berlin), Vic. Bogenbach (Basel), Professor Kawerau (Magdeburg), Archivrat Vogelsang (Wernigerode), Gymnasialdirektor Schmidt (Halberstadt), Gymnasialdirektor Nasemann (Halle), Buchhändler Max Meyer (Halle). Die Versammlung war sehr zahlreich besucht. Von sowohl, nicht nur aus allen Theilen Deutschlands, sondern aus dem Auslande, sind Zustimmungs- und Beitrittsklärungen in großer Zahl eingelaufen.

Karlsruhe, 14. Februar. Heute fand hier eine Konferenz an der Brennerroute sowie an der Gotthardbahn beteiligten deutschen, schweizerischen und italienischen Eisenbahngesellschaften statt, um ein Beschlußfassung über die weitere Entwicklung der behufs Beschlusselfassung über die weitere Entwicklung der deutsch-italienischen Gütertarife.

Nachen, 14. Februar. Das hier gastirende Richard Wagner-Theater unter der Direktion Angelo Neumann's beabichtigte anlässlich des Todes Richard Wagner's, das Theater aufzugehen und wird sich an die sämlichen deutschen Theatern mit der Aufforderung wenden, dem gegebenen Beispiele folgen und den Gedanken zu verwirklichen, der von dem abgängen noch in einem Schreiben aus Benedig an den Direktor des Richard Wagner-Theaters ausgesprochen wurde. Wagner sprach in dem Schreiben vom 13. Januar c., vielleicht Borgefühl seines Todes, den Wunsch aus, so lange dem Theater zu erhalten zu bleiben, bis es ihm vergönnt gewesen sein würde, seinem einzigen noch unmündigen Sohne Siegfried eine Zukunft gegründet zu haben.

Hamburg, 13. Februar. Augenblicklich finden Besprechungen statt, um ein Vermittelungsprojekt in der Zollanschlussfrage ausführig zu machen, das Aussicht hätte, vom Senat und der Bürgerschaft angenommen zu werden. Sollten diese Verständigungsvorschläge bis morgen eine bestimmte Gestalt annehmen, so ist der Gegenstand von der Tagesordnung abzusezen. Andernfalls wird der Senat, wie die „Hamburgische Börsenzeitung“ erklärt, sich auf das Bestimmteste gegen die Ausführung des Pro-

Hamburg, 14. Februar. Die „Hamburgische Börsenzeitung“ erfährt aus guter Quelle, der Senat werde heute Abend die Sitzung der Bürgerschaft beantragen, die Zollanschlussfrage von der heutigen Tagesordnung abzusezen.

Wien, 14. Februar. Generalintendant Baron Hoffmann hat ein Beileidstelegramm an die Witwe Richard Wagner's.

In der heutigen Sitzung des Gemeinderaths fand eine Kundgebung zu Ehren des Verstorbenen statt.

Paris, 14. Februar. Die Kommission der Deputirtenkammer zur Vorberathung der Prätendenten-Vorlage lehnte einstimmig und ohne Diskussion den vom Senate angenommenen Waddington'schen Entwurf ab. Die Sitzung der Kommission dauert fort; es gilt für wahrscheinlich, daß der modifizierte Barbey'sche Entwurf angenommen wird.

Paris, 14. Februar. Von dem an auswärtigen Börsen verbreiteten Gerücht, daß der Graf Chambord ein Manifest erlassen habe, ist in hiesigen unterrichteten Kreisen nichts bekannt.

London, 13. Februar. Dem „Reuter'schen Bureau“ zufolge wurden in der heutigen Sitzung der Donaukonferenz mehrere Vorschläge und technische Fragen berathen, doch keine definitive Entscheidung getroffen. Unter den Mächten scheine bezüglich der Donaufrage große Einstimmigkeit zu herrschen. Die nächste Sitzung wird voraussichtlich am Sonnabend stattfinden, doch steht noch nichts definitiv fest.

Petersburg, 14. Februar. Die Reichsbank dementirt die Nachricht der „Börsen-Zeitung“, daß die Unterstützung der städtischen Banken die Reichsbank im Laufe von vier Monaten 86 Millionen gekostet habe und bemerkt, die Vermehrung der Gesamtgeschäfte der städtischen Banken bei der Reichsbank hätten vom 1. Oktober 1882 bis zum 16. Januar cr. nur um 1,618,400 Rubel, die der gegenseitigen Kreditgesellschaften für dieselbe Periode nur um 1,924,500 Rubel zugenommen.

Petersburg, 14. Februar. Dr. „Regierungsanzeiger“ erklärt die Behauptung der „Moskauer Zeitung“, daß die Transitzfrage zum Nachteil des russischen Handels und der russischen Industrie entschieden werden dürfte, für vollständig grundlos mit dem Hinzuflügen, daß die Regierung beschlossen habe, streng an dem Begünstigungstarif festzuhalten. Ferner bezeichnet der „Regierungsanzeiger“ die Mitteilung der „Moskauer Zeitung“, daß die zur Berathung und Beschlusselfassung über die Transitzfrage hinzugezogenen Experten gezwungen wären, die russischen Interessen den ausländischen zum Opfer zu bringen, als aus der Lust gegriffen.

Bukarest, 13. Februar. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer stand auf der Tagesordnung die dritte Lesung des Antrages auf Revision der Verfassung. Der Minister Josenco verlangte indessen mit Rücksicht auf die kritische auswärtige Situation, welche für Rumänien aus dem dasselbe betreffenden Beschlüsse der Donaukonferenz resultire, die Berathung zu vertagen. In Folge dessen genehmigte die Kammer mit 89 Stimmen, bei 17 Stimmenthaltungen, eine Motion, nach welcher die Berathung und Abstimmung über die Revisionsvorlage in dritter Lesung bis auf Weiteres verschoben wird. Die Kammer ging von der Ansicht aus, etwa am 15. d. auseinanderzugehen, doch glaubt man, daß sie bis zum Mai, ihrem legalen Termine, tagen werde, falls die auswärtige Situation es erfordern sollte. Der Senat nahm mit 44 gegen 3 Stimmen dieselbe Motion an.

Newyork, 13. Februar. Die Bay State Iron Company hat ihre Zahlungen eingestellt. Die Passiva betragen 750,000 Dollars.

Paris, 15. Februar. Die Kommission der Deputirtenkammer lehnte mit 6 gegen 5 Stimmen den Antrag Barbey's ab, nahm darauf mit 5 gegen 5 Stimmen (ein Mitglied enthielt sich der Abstimmung) den ersten (radikal gehaltenen) Antrag Floquet an und ernannte Marcou zum Berichterstatter.

Berantwortlicher Redakteur: E. Fontane in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Insertats übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Februar.

Datum	Barometer auf 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
14. Nachm. 2	763,2	O schwach	heiter	+ 4,6
14. Abends 10	764,4	SD mäßig	bedeckt	+ 2,7
15. Morgs. 6	765,0	O schwach	bedeckt	+ 1,3
Am 14. Wärme-Maximum: + 4,4		Cels.		
Wärme-Minimum: - 1°5				

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 14. Februar Morgens 2,20 Meter.
" " 14. Mittags 2,20
" " 15. Morgens 2,32 "

Telegraphische Börsenberichte.

Frankfurt a. M., 14. Februar. (Schluß-Course.) Fest. Ruhig. Lond. Wechsel 20,45. Pariser do. 81,06. Wiener do. 170,70. R. N. S. A. — Rheinische do. — Hess. Ludwigsb. 98. — R. R. Br. — K. Reichsb. 102. Reichsb. 147. Darmst. 152. — Meining. Br. 93. — Destr. — Bl. 706,50. Kreditaktien 256. Silberrente 66. — Papierrente 66. Goldrente 82. Ung. Goldrente 74. — 1880er Loos 120. — 1884er Loos 324,00. Ung. Staats. 223,20. do. Ostb.-Ob. II. 94. — Böh. Westbahn 249. Elizabetb. — Nordwestbahn 175. — Galizier 258. — Franzosen 285. — Lombarden 120. — Italiener 87. — 1877er Russen 88. — 1880er Russen 71. — II. Orientali. 57. — Benti. — Pacific 112. — Destr. — Kommandit — III. Orientali. 57. — Wiener Bausverein 98. — 5% österreichische Papierrente 78. — Buschreder — Egypter 71. — Gotthardbahn 110. — Türken 124.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 256. — Franzosen 285. — Galizier 258. — Lombarden 120. — II. Orientali. — III. Orientali. — Egypter — Gotthardbahn 110.

Wien, 14. Februar. (Schluß-Course.) Fest auf Berlin. Papierrente 78,22. Silberrente 78,50. — Destr. Goldrente 96,65. — 5% ungarische Goldrente 118,60. — 4% ungar. Goldrente 87,17. — 5% ungar. Papierrente 85,90. — 1854er Loos 118,50. — 1860er Loos 129,75. — 1864er Loos 170,75. — Kreditloos 170,75. — Ungar. Prämien 115,25. — Kreditaktien 291,30. — Franzosen 333,20. — Lombarden 141,30. — Galizier 302,90. — Raich. — Oderb. 143,70. — Nordwestbahn 204,75. — Elizabetbahn 210,00. — Nordbahn 273,00. — Destr. — ungar. Baut. — Utr. Loos — Unionbank 114,75. — Anatol. 117,75. — Wiener Bausverein 109,50. — Ungar. Kredit 290,50. — Deutsche Blätter 58,50. — Londoner Wechsel 119,75. — Pariser do. 47,50. — Amsterdamer do. 99,00. — Papierrente 9,50. — Dulaten 5,61. — Silber-

100,00. — Marknoten 58,50. — Russische Banknoten 1,18. — Lemberg. — Czernowitz —. — Kronpr. Rudolf 165,00. — Franz. — Do. — Destr. — Böh. Westbahn —. — Elbthal. 221,80. — Tramway 220,50. — Buschreder —. — Destr. 5proz. Papier —.

Rachbörse: Ungar. Kreditaktien 291,30. — österr. Kreditaktien 292,60. — Franzosen —. — Lombarden —. — 4proz. ungar. Goldrente 87,32. — Galizier —. — Elbthal —. — Nordbahn —. — österr. Papierrente 78,17. — Nordwestbahn —.

Wien, 14. Februar. (Abendbörse.) Ungarische Kreditaktien 291,75. — österr. Kreditaktien 292,50. — Franzosen 333,00. — Lombarden 141,25. — Galizier 303,00. — Nordwestbahn 204,25. — Elbthal 221,10. — österr. Papierrente 78,25. — do. Goldrente 96,65. — ungar. 6% C. Goldrente 118,70. — do. 4% C. Goldrente 87,30. — do. 5% C. Goldrente 85,95. — Marknoten 8,50. — Napoleon 9,50%. — Bankverein 109,75. — Fest.

Wien, 14. Februar. Ungar. Kreditaktien 290,00. — österr. Kreditaktien 290,50. — Franzosen 332,60. — Lombarden 141,30. — Galizier 302,25. — Nordwestbahn 204,25. — Elbthal 221,80. — österr. Papierrente 78,15. — do. Goldrente —. — 6% ungar. Goldrente —. — do. 5% ungar. Papierrente 85,90. — 4% ungar. Goldrente 87,07. — Marknoten 58,50. — Napoleon 9,50%. — Bankverein 109,50. — Anglo-Austrian —. — Ruhig.

Florenz, 14. Februar. 5% Italien. Rente 87,90. — Gold 20,23.

Paris, 13. Februar. (Boulevard-Befehl.) 3proz. Rente 79,25. Anleihe von 1872 114,90. — Italiener 86,95. — österr. Goldrente —. — Türken 11,82. — Türkentofo 53,00. — Spanier inter. — do. neue Spanier —. — Ungar. Goldrente —. — Egypter 360,00. — 3proz. Rente —. — 1877er Russen —. — Franzosen —. — Lombarden 303,00. — Banque ottomane 721,00. — Suezkanal-Aktien —. — Fest.

London, 14. Februar. Consols 102,11. — Italien. 3prozentige Rente 86. — Lombarden 12. — 3prozentige fundierte Anleihe 1872 87,85. — 5proz. Russen 1872 84,5. — 5proz. Russen 1873 118,5. — 3proz. fundierte Anleihe 1873 118,5. — 5proz. Russen 1874 106. — Österreichische Silberrente —. — do. Papierrente 4, —. — Ungarische Goldrente 73. — Destr. Goldrente 82. — Spanier 60. — Egypter 71. — Ottomanbank 184. — Fest.

Silber —. — Plattdisont 34. — Fest.

In die Bank fließen heute 18,000 Pf. Sterl.

Newyork, 13. Februar. (Schlußkurse.) Wechsel auf Berlin 94. — Wechsel auf London 4,82. — Cable Transfers 4,84. — Wechsel auf Paris 5,20. — 3prozentige fundierte Anleihe 103, — 4prozentige fundierte Anleihe von 1877 119,5. — Erie-Bahn 36. — Zentral-Pacific Bonds 113. — Newyork Zentralbahn-Aktien 125. — Chicago- und North Western-Eisenbahn 144.

Geld leicht, für Regierungsbonds 2, für andere Sicherheiten 3 Prozent.

Produkten-Anzeige.

Hamburg, 14. Februar. (Getreidemarkt.) Weizen loco unveränd. auf Terme fester, der April-Mai 185,00 Br., 184,00 Br. per Mai-Juni 187,00 Br., 186,00 Br. — Roggen loco unveränd. auf Terme fester, der April-Mai 135,00 Br., 134,00 Br. per Mai-Juni 135,00 Br., 134,00 Br. Hafer und Gerste unv. — Rübbel fett, loco 79,00, per Mai 78,00. — Spiritus fett, per Februar 40 Br., per März-April 40 Br., per April-Mai 40 Br., per Juni-Juli 40 Br. — Kaffee fett, Umlatz 3,000 S. — Petroleum ruhig, Standard white loco 7,60 Br., 7,55 Br. — per Februar 7,50 Br., per August-Dezember 8,50. —

Bremen, 14. Februar. Petroleum. (Schlußbericht.) Ruhig. Standard white loco 7,45, per März 7,45, per April 7,55, per Mai 7,70, per August-Dezember 8,35. Alles Br.

Amsterdam, 14. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen auf Terme unverändert, pr. März 274, pr. Mai 274. Roggen loco und auf Terme höher, pr. März 172, pr. Mai 170. Rübbel loco 44, pr. Mai 44, pr. Herbst 36. — Raps pr. Frühjahr 418, pr. Herbst 374. —

Amsterdam, 14. Februar. Banczinn 57.

Antwerpen, 14. Februar. Petroleum. (Schlußbericht.) Raffinerie Type weiß, loco 19 bez. 19 1/2 Br., per März 19 bez. 19 1/2 Br., per April 19 bez. 19 1/2 Br., per September-Dezember 20 1/2 Br. — Fest.

London, 14. Februar. Havannazucker 22 nominell. Centrifugal Cuba —.

London, 14. Februar. In der Küste angeboten 7 Weizenladungen.

Produkten-Börse.

Berlin, 14. Februar. Wind: SE. Wetter: Neblig.
Die amerikanischen Überschwemmungs-Nachrichten lauten heute recht betrübend und da gleichzeitig von dorther Haufe gemelbet worden, so fand darin unser Markt Impuls zu neuer und ziemlich kräftiger Besserung, an welcher alle Artikel partizipirten.
Loco-Weißen fest. Für Termine entwickelte die Platzspekulation umfangreichen Deckungsbegehr, dessen Befriedigung eine Steigerung von reichlich 2 M. zu Wege brachte, obwohl ziemlich starke Realisationsverläufe zur Ausführung kamen. Nach Schluß wurde über Notiz bezahlt.

Loco-Rogggen ging zu behaupteten Preise mäßig um. Im Terminverkehr herrschte recht feste Stimmung. Die Festigkeit des Weizenmarktes übertrug sich auf diesen Artikel, für welchen die Platzspekulation ebenfalls mit lebhaftem Deckungsbegehr aufrat, so daß es unter einer Besserung von etwa 1 M. zu ziemlich regem Handel kam.
Loco-Hafer behauptet. Termine besser. Rogggen eben fest, aber still. Mais in effektiver Ware knapp. Termine besser. Rübbel setzte den Pariser Nachrichten entsprechend, matt ein, bestätigte sich aber bald wieder und schloß etwa ½ M. höher als gestern. Herbst veränderte sich gar nicht.

Petroleum preishaltend. Spiritus erfreute sich lebhafter Kauflust und durchgängiger, nicht unwesentlicher Steigerung, schloß auch fest.

(Amtlich.) Weizen per 1000 Kilogramm lolo 120—202 Mark nach Qualität, per diesen Monat — bez., per April-Mai 188,5—190 bis 189,75 bezahlt, per Mai-Juni 191—199,5 bezahlt, per Juni-Juli 193,5—194 bez., Juli-August — bezahlt, August-September — bezahlt.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 14. Februar. Die heutige Börse eröffnete wiederum in recht fester Haltung und stützte sich in dieser Beziehung auf die günstigen Meldungen und theilweise höheren Notirungen, welche von den fremden Börsenplätzen vorlagen. Die Kurse setzten auf spekulativem Gebiet zumeist etwas höher ein und das Geschäft zeigte sich für die spekulativen Hauptdevisen ziemlich regsam. Im weiteren Verlaufe des Verkehrs schwächte sich die Haltung in Folge von Realisationen vorübergehend etwas ab, doch trat in der zweiten Hälfte der Börsenzeit aus Neue eine Bestätigung ein.

Umrechnungssätze: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Francs = 80 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark. 7 Gulden südd. Währung = 12 Mark. 100 Gulden holl. Währung = 170 Mark.

1 Mark Banco = 1,50 Mark. 100 Rubel = 320 Mark. Livre Sterling = 20 Mark.

Wechsel-Kurse.	
Amsfied. 100 fl. 8 T.	54
Brüss. u. Antwerpen	
100 Fr. 8 T.	4
London 1. Bkt. 8 T.	4
Paris 100 Fr. 8 T.	34
Wien, östl. Währ. 8 T.	44
Petersb. 100 R. 3 W.	6
Barisch. 100 R. 8 T.	6
Goldschrein und Banknoten.	
Sovereigns pr. St.	20,37 G
20-Francs-Stück	16,23 b
Dollars pr. St.	4,20 G
Imperialis pr. St.	
Engl. Banknoten	20,475 G
Französl. Banknot.	81,20 b
Desterr. Banknot.	170,75 b
Russ. Noten 100 M	202,25 b
Blaufuß der Reichsbank.	
Wechsel 4 v.G.	Lombard 5 v.G.
Fonds- und Staats-Papiere.	
Östl. Reichs.-Anl.	101,80 b
Konf. Preuß. Anl.	104,00 ebG
do. do.	101,80 b
Staats-Anleihe	100,80 G
Staats-Schuldversch.	98,80 b
Kur-u. Neum. Schlv.	99,00 b
Berl. Stadt-Oblig.	102,80 b
do. do.	101,00 b
do. do.	96,00 G
Pfandbriefe.	
Berliner	108,40 b
do.	104,00 b
do.	100,75 b
Landschaftl. Central	101,20 b
Kur- u. Neumärkt.	96,20 b
do. neue	92,50 b
do.	4
R. Brandenburg-Kredit	92,00 B
Östpreußische	101,00 L
Pommersche	92,00 B
do.	101,60 b
do.	102,70 G
Posensche neue	100,75 B
Sächsische	100,80 B
Schlesische altland.	
do. Lit. A	34
do. neue II.	44
Westpr. ritterisch.	92,00 B
do. do.	101,50 b
do. Neudösch. II.	100,60 b
do. do. II.	100,40 b
Rentenbriefe.	
Kur- u. Neumärkt.	100,90 b
Pommersche	100,80 b
Potemische	100,80 B
Preußische	100,80 G
Rhein. u. Westf.	101,00 B
Sächsische	100,75 G
Schlesische	100,80 B
Bayer. Anl. 1875	101,80 G
Brem. do. 1880	101,00 G
Hamb. St.-Rente	88,40 b
Sächs. do.	81,00 G
Pr. Pr.-Anl. 1855	145,60 G
Pr. Pr.-Sch. 40 L.	299,50 b
Bad. Pr.-Anl. 1867	133,00 B
do. 35 fl.-Loose	232,00 G
Bayer. Präm.-Anl.	135,40 b
Brtsch. 20 Thlr. L.	99,70 b
Cöln-Mind. Pr.-A.	126,30 b
Deff. St.-Pr.-Anl.	126,60 G
Östl. G.-P.-Vfd. I.	117,60 b
do. II. Abth.	114,25 b
Hamb. 50 Thlr.-Loose	185,25 G
Gub. 50 Thlr.-Loose	185,50 B
Stein. 7 fl.-Loose	127,60 B
Stein. 9 Pr.-Vfd. 4	117,00 B
Oldenh. 40 Thlr. L	146,50 b
Newyork. St.-Anl.	
do.	7
Finnländ. Loose	47,80 b
Italienische Rente	87,75 b
do. Tabaks-Obl.	100,80 b
Dest. Gold-Rente	82,50 b
do. Papier-Rente	66,75 b
do. do.	79,00 G
do. Silber-Rente	67,00 B
do. 250 fl. 1854	250,00 b
do. Kreditl.	322,75 B
do. Lott.-A.	119,00 b
do. 1864	324,50 G
Pester Stadt-Anl.	88,00 G
do. do. kleine	89,00 G
Poln. Pfandbriefe	62,60 b
do. Liquidat.	54,60 b
Rum. mittel u. H.	108,80 b
do. St.-Obligat.	102,90 b
do. Staats-Obl.	96,30 b
Russ. Engl. Anl.	83,90 b
do. do. kleine	85,50 B
do. do. 1872	85,40 b
do. do. 1873	85,50 B
do. Anleihe	90,90 b
do. do. 1877	71,25 b
do. do.	1880
Orient-Anl.	57,10 b
do. do. 1882	57,30 b
do. do. kleine	58,50 B
do. do. 1884	58,50 G
do. do. 1885	59,00 G
do. do. 1886	59,00 G
do. do. 1887	59,00 G
do. do. 1888	59,00 G
do. do. 1889	59,00 G
do. do. 1890	59,00 G
do. do. 1891	59,00 G
do. do. 1892	59,00 G
do. do. 1893	59,00 G
do. do. 1894	59,00 G
do. do. 1895	59,00 G
do. do. 1896	59,00 G
do. do. 1897	59,00 G
do. do. 1898	59,00 G
do. do. 1899	59,00 G
do. do. 1900	59,00 G
do. do. 1901	59,00 G
do. do. 1902	59,00 G
do. do. 1903	59,00 G
do. do. 1904	59,00 G
do. do. 1905	59,00 G
do. do. 1906	59,00 G
do. do. 1907	59,00 G
do. do. 1908	59,00 G
do. do. 1909	59,00 G
do. do. 1910	59,00 G
do. do. 1911	59,00 G
do. do. 1912	59,00 G
do. do. 1913	59,00 G
do. do. 1914	59,00 G
do. do. 1915	59,00 G
do. do. 1916	59,00 G
do. do. 1917	59,00 G
do. do. 1918	59,00 G
do. do. 1919	59,00 G
do. do. 1920	59,00 G
do. do. 1921	59,00 G
do. do. 1922	59,00 G
do. do. 1923	59,00 G
do. do. 1924	59,00 G
do. do. 1925	59,00 G
do. do. 1926	59,00 G
do. do. 1927	59,00 G
do. do. 1928	59,00 G
do. do. 1929	59,00 G
do. do. 1930	59,00 G
do. do. 1931	59,00 G
do. do. 1932	59,00 G
do. do. 1933	59,00 G
do. do. 1934	59,00 G
do. do. 1935	59,00 G
do. do. 1936	59,00 G
do. do. 1937	59,00 G
do. do. 1938	59,00 G
do. do. 1939	59,00 G
do. do. 1940	59,00 G
do. do. 1941	59,00 G
do. do. 1942	59,00 G
do. do. 1943	59,00 G
do. do. 1944	59,00 G
do. do. 1945	59,00 G
do. do. 1946	59,00 G
do. do. 1947	59,00 G
do. do. 1948	59,00 G
do. do. 1949	59,00 G
do. do. 1950	59,00 G
do. do. 1951	59,00 G
do. do. 1952	59,00 G
do. do. 1953	59,00 G
do. do. 1954	59,00 G
do. do. 1955	59,00 G
do. do. 1956	59,00 G
do. do. 1957	59,00 G
do. do. 1958	59,00 G
do. do. 1959	59,00 G
do. do. 1960	59,00 G
do. do. 1961	59,00 G
do. do. 1962	59,00 G
do. do. 1963	59,00 G
do. do. 1964	59,00 G
do. do. 1965	59,00 G
do. do. 1966	59,00 G
do. do. 1967	59,00 G
do. do. 1968	59,00 G
do. do. 1969	59,00 G
do. do. 1970	59,00 G
do. do. 1971	59,00 G
do. do. 1972	59,00 G
do. do. 1973	59,00 G
do. do. 1974	59,00 G
do. do. 1975	59,00 G
do. do. 1976	59,00 G
do. do. 1977	59,00 G
do. do. 1978	59,00 G
do. do. 1979	59,00 G
do. do. 1980	59,00 G
do. do. 1981	59,00 G
do. do. 1982	59,00 G
do. do. 1983	59,00 G
do. do. 1984	59,00 G
do. do. 1985	59,00 G
do. do. 1986	59,00 G
do. do. 1987	59,00 G
do. do. 1988	59,00 G
do. do. 1989	59,00 G
do. do. 1990	59,00 G
do. do. 1991	59,00 G
do. do. 1992	59,00 G
do. do. 1993	59,00 G
do. do. 1994	59,00 G
do. do. 1995	59,00 G
do. do. 1996	59,00 G
do. do. 1997	59,00 G
do. do. 1998	59,00 G
do. do. 1999	59,00 G
do. do. 2000	59,00 G
do. do. 2001	59,00 G
do. do. 2002	59,00 G
do. do. 2003	59,00 G
do. do. 2004	59,00 G
do. do. 2005	59,00 G